Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

[illegible]

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 46 — Sonnabend, den 23. Februar 1924 — 19. Jahrgang

Der Reichstag und die politische Lage.

Von Dr. Külz, M. d. R.

Der wieder zusammengetretene Reichstag steht vor einer politischen Situation, die auf vielen Gebieten eine erfreuliche Entspannung erfahren hat, die aber gleichwohl auch jetzt noch erhebliche Gefahrenmomente in sich birgt.

Das Verhältnis zu Frankreich ist äußerlich aus den Formen des akuten Konfliktes übergeleitet worden in die des normalen diplomatischen Verkehrs. Der neue Botschafter von Hoesch bringt aus seiner bisherigen Pariser Tätigkeit manchen starken Aktivposten in sein schweres Amt mit. Sein Empfang beim Präsidenten der französischen Republik ging unter einem gegenseitigen Gedankenaustausch vor sich, der die Hoffnung zuläßt, daß die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich wirkliche Verhandlungen und nicht wie bisher nur einseitiges Diktat sein werden. Das Schwergewicht der Entscheidungen wird bei der Reparationskommission liegen. Reparationen, Moratorium und internationaler Kredit, das sind die drei großen außenpolitischen Probleme, die zur Entscheidung drängen. Der Reichstag wird hierbei wenig mitwirken können, wohl aber hat er als berufener Vertreter des deutschen Volkes laut seine Stimme vor aller Welt erhoben gegen die beispiellosen Mißhandlungen, denen die unglückliche Bevölkerung der Pfalz seit Monaten ausgesetzt ist. Die Aussprache im Reichstag hat diesmal in durchaus würdigen Formen sich abgespielt und insbesondere die erschütternden Anklagereden der Abgeordneten Korell und Hofmann gegen die französische Unterstützung des separatistischen Verrätergesindels werden ihren Eindruck in der Welt nicht verfehlen.

Im innerpolitischen Leben findet der Reichstag die Krisis zwischen Bayern und dem Reich in einer Form vor, die ihrer bisherigen häßlichsten Momente entkleidet ist. Kahr und Lossow waren unmögliche Erscheinungen. Man soll sich bei ihnen nicht mehr lange aufhalten, sondern soll sich freuen, daß vor allem durch den Rücktritt des Generals von Lossow die bayrische Truppe wieder ein Bestand der Reichswehr geworden ist, und daß die deutsche Truppe von dem nicht in sie gehörenden Typ des Gehorsams verweigernden Generals gesäubert ist. Der bevorstehende Hitlerprozeß und die kommenden bayrischen Landtagswahlen werden hoffentlich eine weitere Reinigung der Atmosphäre in Bayern bringen. Es wird sich empfehlen, in diese innerbayrische Entwicklung vom Reiche aus zunächst möglichst wenig einzugreifen, besonders nicht durch unnötige Reden im Reichstag. Auch die Behandlung der bayrischen Denkschrift eilt nicht so, daß man von Seiten des Reichs vor einer weiteren Klärung der Dinge in Bayern selbst aufgreifen müßte. Bayern befindet sich zur Zeit eben noch nicht nur staatsrechtlich, sondern auch psychologisch in einem besonderen Ausnahmezustand, der nur allmählich und vorsichtig abgebaut werden kann.

Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes im Reich ist nicht nach dem Geschmack aller Parteien. Und in der Tat machen es die jüngsten Vorgänge in Sachsen es auch den Kreisen schwer, sich mit der Aufhebung abzufinden, die derartige Ausnahmeregeln auf äußerste Notfälle beschränkt sehen möchten. An der Tatsache der Aufhebung für 1. März wird ja kaum noch gezweifelt werden können, wenn anders nicht General v. Seeckt und der Reichspräsident sich selbst in einer wenig rühmlichen Weise desavouieren wollten. Mindestens ebenso unrühmlich würde es freilich sein, wenn die Entwicklung in einzelnen Gebieten dazu zwänge alsbald nach der Aufhebung den Ausnahmezustand erneut zu verhängen. Geordnete Verhältnisse müssen auf jeden Fall gerade jetzt im Interesse des Wirtschaftslebens gewährleistet sein.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen, zu denen sich die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes entschlossen hat, sind für die Staatswirtschaft und für die Privatwirtschaft von tief einschneidender Bedeutung. Es wird deswegen nicht ausbleiben, daß im Reichstag an dem Vorgehen der Regierung manche herbe Kritik geübt werden wird. Man sollte sich aber auch hier Beschränkung auferlegen, denn ohne rigorose Maßnahmen ist eine Gesundung einfach undenkbar. Im übrigen wird allein der praktische Erfolg es erweisen können, ob und inwieweit es taugliche Mittel sind, mit denen die jetzigen Versuche unternommen werden. Sollte die Regierung eine Wiederauflebung des Ermächtigungsgesetzes erstreben, so würde sie sehr starke Gründe dafür ins Feld führen müssen, wenn sie im Reichstag eine Mehrheit gewinnen will. Die Selbstbescheidung des Reichstages ist in den letzten Monaten so sehr weit gegangen, aber je näher die spätestens am 15. Juni stattzufindenden Reichstagswahlen rücken, um so stärker wird bei den Parteien des Reichstages das Bedürfnis zur Aktivität werden, um wenigstens am Ende noch mit einigen Erfolgen aufwarten zu können. Dieses Bestreben ist verständlich, darf aber nicht dahin führen, um von der Regierung Unmögliches zu fordern oder um der Massengunst willen Notwendiges und Erreichtes wieder aufzugeben.

Wann die Reichstagswahlen stattfinden sollen, wird gegenwärtig in Regierungs- und Parlamentskreisen lebhaft erörtert. Es kann nicht geleugnet werden, daß zwischen der Zusammensetzung des Reichstages auf der einen und der politischen Orientierung des Volkes auf der anderen Seite ein starkes Mißverhältnis besteht, das an sich baldige Neuwahlen erwünscht erscheinen läßt. Demgegenüber darf aber nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine Auflösung des Reichstages und die dann folgende mehrwöchige parlamentslose Zeit gerade jetzt schwere Gefahren in sich bergen, weil alle die großen schwebenden Fragen der Außen- und Innenpolitik zu ihrer letzten Lösung eine beschleunigte gesetzgeberische Tätigkeit bedingen. Erweist sich der Reichstag hierzu als unfähig so hat er sich dann sein Todesurteil selbst endgültig gesprochen.

Eine Reichstagsrede Stresemanns.

Die letzte deutsche Pfalznote von Poincare zurückgewiesen.

Der Reichstag setzte am Freitag die Besprechung der Pfalz-Interpellation fort. Als erster Redner spricht Reichsaußenminister

Dr. Stresemann:

An einer Stelle der Debatte ist davon gesprochen worden, daß man den Dingen in der Pfalz nicht mit Inaktivität gegenüberstehen dürfe. Ganz gewiß nicht! Aber die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes in der Pfalzfrage wird man gewiß nicht als inaktiv bezeichnen können. Wir werden demnächst in einem Weißbuch alle Protokolle herausgeben, die sich auf unsere Schritte in dieser Frage beziehen. Ich darf darauf hinweisen, daß diejenige deutsche Landesregierung, die am engsten vielleicht mit dem Schicksal der Pfalz verbunden ist, die bayrische Regierung, Gelegenheit genommen hat, uns ihren Dank auszusprechen für das, was wir innerhalb der Machtsphäre, die wir haben, tun konnten.

Gerade unsere Pfalznoten und ihre Schicksale geben mir Veranlassung mich darüber noch einmal speziell auszusprechen und dem Hohen Hause von einer Tatsache Mitteilung zu machen, die mir heute von dem deutschen Botschafter in Paris mitgeteilt wurde.

Der Minister erinnert daran, daß in der Note der französischen Regierung vom Dezember zum Ausdruck gebracht worden war, die deutsche Regierung habe in ihrer Note vom November in offenbar schlechten Glauben Anklagen gegen die französische Republik erhoben, und sich dadurch für alle Beschwerden, die sie in Zukunft vorbringen werde, verdächtig gemacht. Unsere Note vom 2. Februar über die besonderen Verhältnisse in der Pfalz glaubte die französische Regierung damit abfertigen zu können, daß sie sagte, es seien nicht erwiesene Verleumdungen. Das alles hat uns von neuem veranlaßt, das gesamte schon vorher zusammengebrachte Material und auch einige neue Tatsachen der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Das Material, das überreichlich vorhanden war, wurde in einer erschöpfenden Darstellung am 20. Februar durch den deutschen Botschafter in Paris überreicht.

Nun teilte mir heute der deutsche Botschafter mit, daß ihm diese Note zurückgesandt worden sei. Frankreich lehnt es ab, diese Note entgegenzunehmen. Frankreich lehnt es ab, sich in Streitigkeiten zwischen Deutschen einzumischen, und sagt, daß die französische Regierung an diesen Streitigkeiten nicht beteiligt sei.

Aber ich glaube, daß die französische Regierung in bezug auf die öffentliche Meinung der Welt doch einigermaßen verkennt, daß die Nebel sich zerstreuen, die die französische Berichterstattung über die Vorgänge in der Pfalz gebreitet hat. Man hat in der französischen Oeffentlichkeit mit gespielter Objektivität davon gesprochen, daß man verstände, daß die Separatisten im Rheinland nicht die rheinische Bevölkerung hinter sich hätten, daß es aber in der Pfalz ganz anders sei. Dort hat man versucht den Separatismus mit dem pfälzischen Volke gleichzustellen. Ich glaube nicht, daß diese Darstellung heute selbst in der französischen Oeffentlichkeit noch aufrecht zu erhalten ist. Die Zahl der Persönlichkeiten ist groß, die inzwischen in der Pfalz, von leidenschaftlichem Gerechtigkeitssinn erfüllt, Protest erhoben haben, auch in der ausländischen Presse. Ich erinnere nur an die Berichte der englischen Berichterstatter und anderer.

Und wenn heute Protest erhoben wird dagegen, daß es zu Bluttaten gekommen sei, wenn man spricht von dem Grauen über die Dinge, die sich abgespielt haben, dann ist es hier ebenso wie mit dem Grauen über Vorgänge in der deutschen Geschichte, von denen Hermann Löns in seinem „Werwolf" sagt: Wenn man die Geduld eines Volkes bis aufs äußerste spannt, bis sie reißt, und wenn es dann zu Taten kommt, die zu verurteilen sind, so sind diese doch bei der Verteidigung der göttlichen Rechte eines Volkes durchaus verständlich. (Lebhafter Beifall.)

Deshalb soll man die Dinge so nehmen, wie sie sind und ich fürchte, daß diese neue Tatsache, diese Zurückweisung einer begründeten deutschen Note über die Pfalz nur dazu beitragen wird, an Stelle der Verständigung, die jedermann wünscht, aufs neue die Verzweiflung eines Volkes zu setzen, daß derjenige sich betrogen fühlen muß, der davon hört, daß man sich in Streitigkeiten zwischen Deutschen nicht einmischen wolle, während seine ganze Beschwerde darin besteht, daß man ihm nicht gestattet, sein Recht zu wahren. Jetzt haben wir die Empfindung, als ob man uns gegenüber glaubt, diplomatisch in einer Weise verfahren zu können, wie man es nicht leicht einem anderen Staat gegenüber wagt. Der Kampf um die Menschenrechte wird bleiben, auch wenn man die deutsche Note zurückweist, und was sich ergibt aus der Verweigerung der Menschenrechte wird schließlich nicht fallen auf diejenigen, die man dadurch zur Verzweiflung treibt, sondern auf die Urheber. (Lebhafter Beifall.)

Ueber diese und ähnliche Fragen hat Stresemann sich auch in Dresden bei einer Jubiläumsfeier der deutschen Volkspartei ausgesprochen. Er betonte hier, daß die Welt wiedergutmachen müsse, was sie Deutschland angetan habe.

[illegible]

Die neuen Währungsgrundlagen.

Laut „Petit Journal" wird die deutsche Goldkreditbank und spätere Goldemissionsbank mit einem Kapital von 200 Millionen Goldmark ausgestattet, von denen je 100 Millionen Goldmark auf das Reich und auf private deutsche bezw. ausländische Beteiligung entfallen. Dr. Schacht wird versuchen, diese Kapitalien im Auslande unterzubringen, um daraus Kredite zu erhalten, wobei er auf eine Summe von etwa 400—500 Millionen Goldmark in Devisen rechnet.

Als weitere Garantie werden Wechsel der deutschen Industriellen und Importeure zu gelten haben. Importeure, die für die Einfuhr von Rohstoffen Kredite benötigen, werden diese nur erhalten, wenn sie Wechsel mit ihrer eigenen Unterschrift sowie mit der des Industriellen, für den die Ware bestimmt ist, hinterlegen. Diese Wechsel werden zugleich dem Reich gegenüber als Garantie gegen einen Mißbrauch des Goldbankkredits zu dienen haben.

Die des weiteren geplante Goldemissionsbank hat folgende Aufgabe: Sie soll die Goldmark als neue deutsche Währung einführen und dabei die Stabilisierung der deutschen Währung ermöglichen. Die Goldemissionsbank wird die Goldkreditbank aufsaugen und die Reparationszahlungen sichern. Die Goldemissionsbank wird mit einem Kapital von 400 Millionen Goldmark gegründet. Die eine Hälfte würde von alliierter und neutraler Seite, die andere Hälfte von deutscher Seite zur Verfügung gestellt werden. Die Emissionsbank wird eine dreimal so große Goldreserve haben, d. h. über 1200 Millionen Goldreserve verfügen, die sich folgendermaßen zusammensetzt:

1. 400 Millionen Goldmark Gründungskapital,
2. 400 Millionen Goldmark amerikanisches Kapital
3. 400 Millionen Goldmark aus der Goldreserve der deutschen Reichsbank.

Mit dieser Summe würden Banknoten in Höhe von 2400 Millionen Goldmark ausgegeben, die also zu 50 Prozent gedeckt sein würden. Wenn das Vertrauen zu Deutschland wieder hergestellt sein würde, würde die Deckung auf 40 Prozent ermäßigt und der Banknotenumlauf vermehrt werden. Hinzukommen wird dann noch als Garantie aus dem deutschen Export eingehende Devisen.

Geplante Monopole für Deutschland.

Vier Spezialisten vom Ersten Sachverständigenausschuß ernannt.

In der Donnerstagsitzung des ersten Sachverständigenausschusses unter dem Vorsitz des Generals Dawes wurde ein mündlicher Bericht der Unterkommission für den deutschen Staatshaushalt entgegengenommen, der sich auf die Bedingungen bezog, unter denen ein Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Reiches hergestellt werden könnte, und auch die Möglichkeit, in die durch Einnahmen gedeckten Ausgaben einen Anteil für die Reparationszahlungen einzusetzen. Zur